



# Sri Lanka: Aktuelle Situation

## Update

Rainer Mattern

Weyermannsstrasse 10  
Postfach 8154  
CH-3001 Bern

Für Paketpost:  
Weyermannsstrasse 10  
CH-3008 Bern

T ++41 31 370 75 75  
F ++41 31 370 75 00

info@fluechtlingshilfe.ch  
www.fluechtlingshilfe.ch

Bern, 1. Dezember 2010

PC-Konto  
30-16741-4  
**Spendenkonto**  
**PC 30-1085-7**



MEMBER OF THE EUROPEAN COUNCIL ON REFUGEES AND EXILES

## **Impressum**

**HERAUSGEBERIN**

 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH  
Postfach 8154, 3001 Bern  
Tel. 031 370 75 75  
Fax 031 370 75 00  
E-Mail: [info@fluechtlingshilfe.ch](mailto:info@fluechtlingshilfe.ch)  
Internet: [www.fluechtlingshilfe.ch](http://www.fluechtlingshilfe.ch)  
Spendenkonto: PC 30-1085-7


**AUTOR**

Rainer Mattern

**SPRACHVERSIONEN**

deutsch, französisch

**COPYRIGHT**

© 2010  Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH, Bern  
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung</b> .....	<b>1</b>
<b>2</b>	<b>Politische Entwicklung nach dem Ende der Kämpfe</b> .....	<b>2</b>
2.1	Leugnung von Kriegsverbrechen .....	2
2.2	Wahlen: Präsidentschaftswahlen im Januar, Parlamentswahlen im April	
2.2.1	Präsidentschaftswahl .....	4
2.2.2	Parlamentswahlen im April .....	5
<b>3</b>	<b>Sicherheitssituation</b> .....	<b>6</b>
3.1	Sicherheitsapparat .....	6
3.2	TMVP und andere paramilitärische Gruppen .....	6
3.3	Sicherheitssituation für TamillInnen in Colombo .....	7
<b>4</b>	<b>Menschenrechtssituation</b> .....	<b>8</b>
4.1	Aufklärung der Kriegsverbrechen/Kommissionen in Sri Lanka .....	8
4.2	Notstandsgesetzgebung .....	9
4.2.1	Gesetzliche Grundlagen .....	10
4.2.2	Mängel des Notstandsrechts .....	11
4.3	Was geschah und geschieht in den Hochsicherheitslagern? .....	12
4.3.1	Haftbedingungen .....	12
4.3.2	Nichtgesetzliche Tötungen .....	13
4.3.3	Folter und Misshandlungen .....	14
4.4	Medienschaffende, Oppositionelle .....	15
4.4.1	Medienschaffende .....	15
4.4.2	Kritiker, Menschenrechtsaktivisten, Hilfswerksangestellte .....	16
4.5	Alleinstehende Frauen, Kinder .....	17
<b>5</b>	<b>Humanitäre Situation</b> .....	<b>18</b>
5.1	Rückkehrprozess .....	19
5.2	Hindernisse bei der Rückkehr .....	20
5.3	Zugang zu den Lagern .....	21
5.4	Rückkehr der muslimischen Bevölkerung .....	22
5.5	Monsun .....	22
<b>6</b>	<b>Rückkehr aus dem Ausland, Asylgesuchstellung</b> .....	<b>22</b>
<b>7</b>	<b>Zusammenfassend: Gefährdungen</b> .....	<b>24</b>

# 1 Einleitung

Sri Lanka ist auch nach dem Bürgerkrieg, dem zwischen 80'000 und 100'000 Menschen zum Opfer gefallen sind,<sup>1</sup> weiterhin entlang mehrerer Konfliktlinien geteilt, nicht nur längs ethnischer oder religiöser Grenzen. So gibt es im tamilischen Lager Allianzen der aus paramilitärischen Gruppen hervorgegangenen tamilischen Parteien mit dem Präsidenten Rajapakse und seiner SLFP (Sri Lankan Freedom Party). Auch ist das singhalesische Lager gespalten. Die Günstlings- und Postenvergabepolitik des Präsidenten an Verwandte, vor allem an seine Brüder, hat die politischen Gewichte innerhalb der dominierenden SLFP verschoben. Die Amtsvorgängerin Rajapakses, Chandrika Kumaratunga, hat keinen Einfluss mehr und hat bei einem Indien-Besuch im Herbst 2009 offen zugegeben, dass sie selbst sich in der herrschenden Atmosphäre der Angst in Sri Lanka bedroht fühlt.<sup>2</sup>

Bei der singhalesischen Mehrheit ist Präsident Rajapakse seit dem Sieg über die tamilischen Rebellen im Mai 2009 sehr populär. Nur wenige Singhalesen scheint es zu stören, dass er auch ihre Rechte immer mehr einschränkt. Die Formel vom «Krieg gegen den Terrorismus» bleibt das Zauberwort zur Verschleierung aller antidemokratischen Aktionen. Diejenigen, die auf solche Zusammenhänge hinweisen, riskieren ihr Leben. Die Repression gegen regierungskritische Journalisten, Oppositionelle und Menschenrechtler hat seit Ende des Krieges nicht nachgelassen.

Zwar wurde der Krieg gewonnen, doch nicht der Frieden. Eine politische Lösung der Konflikte der Mehrheit mit den tamilischen und muslimischen Minderheiten lässt auf sich warten. Präsident Rajapakse zeigt keinerlei Neigung, die nötigen Reformen anzugehen, um die unterhalb des Konflikts liegenden Ursachen anzugehen, eher hat sich der extrem nationalistische Charakter der Regierung verstärkt. Mit dem Sieg über die LTTE ist für die Führung in Colombo der ethnische Konflikt gelöst.<sup>3</sup> Die Ankündigung des Präsidenten, die tamilische Bevölkerung werde mehr Mitsprache in Regierungsfragen durch Machttransfer in die Provinzen und Schaffung eines Oberhauses im Parlament erhalten, wurde nicht umgesetzt. Nach wie vor werden die Entscheidungen in Sri Lanka von singhalesischen Politikern und dem singhalesischen Militär getroffen.<sup>4</sup> Der tamilische Bevölkerungsteil wurde nicht in die Entwicklung und den Wiederaufbau im Norden einbezogen.

Im September 2010 wurde der 18. Verfassungszusatz (Amendment) unter Mitwirkung einiger oppositioneller Parlamentarier verabschiedet. Dieser hebt die zeitliche Amtszeitbegrenzung der Präsidentschaft auf, stellt alles unter die Dekrete des Präsidenten und setzt die Kontrollmöglichkeiten eines rechtsstaatlichen Systems ausser Kraft. Damit ist klar, dass es keine unabhängigen Institutionen und keine funktionierende Gewaltenteilung mehr gibt, zumal der Präsident sich weigert, sich an Entscheidungen des Supreme Court zu halten.<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup> Human Rights Watch (HRW), World Report 2010, Sri Lanka, S. 1.

<sup>2</sup> Südasien, Umstrittene Präsidentschaftswahl in Sri Lanka, 6. Februar 2010.

<sup>3</sup> NZZ, Klarer Sieg Rajapakses in Sri Lanka, 28. Januar 2010.

<sup>4</sup> IRIN, Analysis: Prospects for reconciliation in Sri Lanka, 21. Juli 2010.

<sup>5</sup> Le Monde diplomatique, Sri Lanka and the 18<sup>th</sup> amendment, 10. September 2010.

## 2 Politische Entwicklung nach dem Ende der Kämpfe

### 2.1 Leugnung von Kriegsverbrechen

Nach Schätzungen von Human Rights Watch wurden in der Endphase des im Mai 2009 beendeten Bürgerkriegs zwischen 7000 oder mehr zivile Opfer getötet und 13'000 verletzt.<sup>6</sup> Alle Bestrebungen der Regierung gehen dahin, jegliche Aufklärung der Ereignisse am Kriegsende zu verhindern. Es gibt jedoch zahlreiche Augenzeugenberichte, Hunderte von Fotos, Videos, Satellitenbilder, elektronische Kommunikation und Berichte aus glaubwürdigen Quellen, die belegen, dass seitens der Konfliktparteien mit grosser Wahrscheinlichkeit die folgenden Kriegsverbrechen begangen wurden:<sup>7</sup>

Seitens der **Regierungsstruppen** die Bombardierung der Zivilbevölkerung, die zuerst ermutigt wurde, sich zu Tausenden in sogenannte *No Fire Zones* zu begeben, wo sie wiederholtem und intensivem Artilleriebeschuss ausgesetzt waren. Ferner die beabsichtigte Bombardierung von Spitälern, die mit kranken und verwundeten Personen überfüllt waren, obwohl der genaue Ort und die Funktion dieser Spitäler bekannt waren und obwohl internationale Hilfsorganisationen wie auch das Gesundheitspersonal die Regierung und die Sicherheitskräfte über die Bombardierung informierten. Schliesslich die gezielte Bombardierung humanitärer Operationen, deren genauer Standort bekannt war. Dabei wurden MitarbeiterInnen der Hilfswerke, ihre Fahrzeuge, Hilfsmittel und die Zivilbevölkerung getroffen, viele Personen getötet oder verwundet. Zudem waren die Versorgung mit Nahrungsmitteln und die medizinische Behandlung der Zivilbevölkerung seitens der Regierung blockiert. Zu untersuchen bleibt schliesslich die Exekution von führenden Kadern der *Liberation Tigers of Tamil Eelam* (LTTE), die die Waffen niedergelegt hatten.

**Kriegsverbrechen der LTTE** umfassten das Erschiessen von Personen aus der Zivilbevölkerung, die den Bombardements ausweichen und in die von der Regierung kontrollierten Gebiete fliehen wollten. Die LTTE verhinderten, dass die in die Enge getriebene Zivilbevölkerung, auch Schwerverletzte, die Konfliktzone verlassen konnte. Sie rekrutierten unter Zwang viele Personen, die entweder kämpfen oder in anderer Form kooperieren mussten. Schliesslich gehörte zu den Verbrechen der LTTE die Zwangsrekrutierung von Kindern.

Jegliche Verwicklung des Militärs in die oben genannten Handlungen wird von der Regierung geleugnet. Die Leugnungsstrategie der Regierung wird von Gotabaya Rajapakse, dem Bruder des Präsidenten und zuständigen Staatssekretär für Verteidigung, angeführt und nimmt teilweise groteske Formen an. In einer Stellungnahme zuhanden der sri-lankischen ***Commission on lessons learned and reconciliation*** behauptete er, dass verwundete LTTE-Angehörige ihre Kleidung in Zivilkleider wechselten und es auf diese Weise zu den hohen Zahlen von getöteten und verwun-

<sup>6</sup> HRW, World Report 2010, Sri Lanka, S. 2.

<sup>7</sup> International Crisis Group: War Crimes in Sri Lanka, Executive Summary and Recommendations, 17. Mai 2010; Hellmann-Rajanayagam und Seifert, Ein Jahr danach: Völkerrechtliche Aspekte der Beendigung des Bürgerkrieges in Sri Lanka, AWR Bulletin, Nr. 1/2010; Human Rights Watch, New Evidence of Wartime Abuses, 20. Mai 2010.

deten Zivilisten gekommen sei.<sup>8</sup> Er leugnet sogar, dass es überhaupt irgendwelche Beschwerden über Menschenrechtsverletzungen oder Fehlverhalten der Armee gegeben habe, dies ungeachtet der Beschuldigungen seitens verschiedener UNO-Stellen, des US Department of State und zahlreicher Menschenrechtsorganisationen.<sup>9</sup> Das Verlangen nach externen Untersuchungen der finalen Kriegsführung des Militärs bezeichnete die Regierung als Imperialismus und Einmischung in innere Angelegenheiten. Als General Fonseka, Oberbefehlshaber der Schlussoffensive, in einem Interview mit der BBC eine Kooperation bei der Untersuchung von Kriegsverbrechen in Aussicht stellte, wurde er vom Präsidentenbruder Gothabaya Rajapakse mit dem Tod bedroht und daran gehindert, die Rajapakse-Version der Ereignisse in Frage zu stellen. Seither äusserte sich Fonseka nicht mehr zu diesem Thema.<sup>10</sup> Wie sich am Beispiel ihres Antrags vor dem Menschenrechtsrat in Genf im Mai 2009 zeigte, war die Regierung Sri Lankas bisher sehr erfolgreich darin, internationale Untersuchungen zu blockieren.<sup>11</sup>

UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon wollte sich offenbar nicht damit abfinden. Gestützt auf eine gemeinsame Erklärung des Präsidenten und des UNO-Generalsekretärs unmittelbar nach dem Ende des bewaffneten Konflikts im Mai 2009 setzte er im Juni 2010 einen dreiköpfigen Ausschuss ein, der ihn über das weitere Vorgehen im Zusammenhang mit den Vorwürfen von Kriegsverbrechen beraten sollte.<sup>12</sup> Protestierende, angeführt von Wimal Weerawansa, einem Minister der Regierung, blockierten die Eingänge, hinderten Angestellte am Verlassen der Gebäude der UNO-Entwicklungsorganisation UNDP und traten in einen Hungerstreik. Sie verlangten, die vom UNO-Generalsekretär einberufene Kommission aufzulösen, worauf Ban seinen Gesandten aus Colombo abzog und das UNDP-Büro schloss.<sup>13</sup> Am 16. September 2010 traf Ban das Expertenkomitee ein erstes Mal.<sup>14</sup> Der Generalsekretär äusserte die Hoffnung, dass die angestrebte Klärung der Verantwortlichkeiten wesentlich für dauerhaften Frieden und Versöhnung in Sri Lanka sei. Dem widersprach die sri-lankische Regierung unverzüglich und sprach von einer versteckten Agenda der UNO.<sup>15</sup>

Die Europäische Kommission beschloss im Juli 2010, dass Importe aus Sri Lanka nicht mehr entsprechend den GSP+-Richtlinien behandelt würden, so dass die Ver-

---

<sup>8</sup> Stellungnahme des Verteidigungsstaatssekretärs, Sunday Leader, Quelle: [www.thesundayleader.lk/2010/08/17/gotabhaya-rajapaksas-testimony-to-the-lessons-learnt-commission-live/](http://www.thesundayleader.lk/2010/08/17/gotabhaya-rajapaksas-testimony-to-the-lessons-learnt-commission-live/); The Guardian, Sri Lanka is still denying civilian deaths, 5. September 2010, Quelle: [www.hrw.org/en/news/2010/09/05/sri-lanka-still-denying-civilian-deaths](http://www.hrw.org/en/news/2010/09/05/sri-lanka-still-denying-civilian-deaths).

<sup>9</sup> University Teachers for Human Rights (UTHR), Let them speak: Truth about Sri Lanka's Victims of War, S. 9. Ein Kontakt der Organisation *University Teachers for Human Rights* (UTHR), der die Schrecken des Krieges selbst erlebt hat, äusserte, dass es leichter zu ertragen wäre, würde die Regierung zugeben, dass ihre Kriegsführung Opfer gekostet hat. Stattdessen will sie ausnahmslos die Zivilbevölkerung gerettet, für sie gesorgt, sie ernährt und wiederangesiedelt haben. Diese Art der Lüge sei das Schlimmste, was man den Opfern antun könne.

<sup>10</sup> The Guardian, Sri Lanka is still denying civilian deaths, 5. September 2010.

<sup>11</sup> NZZ, Sri Lankas ungesühnte Kriegsverbrechen, 12. August 2010: In der Sondersitzung des UNO-Menschenrechtsrats gelang es der Regierung, eine Mehrheit für den eigenen Resolutionsentwurf zu gewinnen, worin dem Land zur Beendigung der Feindseligkeiten gratuliert und seine Massnahmen zu Gunsten der Vertriebenen und sein Einsatz für die Menschenrechte gelobt wurden.

<sup>12</sup> United Nations Security Council, Report of the Secretary General on the protection of civilians in armed conflict, 11. November 2010.

<sup>13</sup> NZZ, Sri Lankas ungesühnte Kriegsverbrechen, 12. August 2010.

<sup>14</sup> Ihm gehören Marzuki Darusman aus Indonesien, Yasmin Sooka aus Südafrika und Steven Ratner aus den Vereinigten Staaten an.

<sup>15</sup> Hellmann-Rajanayagam und Seifert, Ein Jahr danach: Völkerrechtliche Aspekte der Beendigung des Bürgerkrieges in Sri Lanka, AWR Bulletin, Nr. 1/2010.

günstigungen im Wert von 150 Millionen US-Dollar pro Jahr wegfallen. Die Europäische Union bietet 16 Staaten Handelserleichterungen unter der Bedingung an, dass Menschenrechte, Arbeitsrechte und zivile und politische Rechte gewahrt bleiben.<sup>16</sup> Begründet wurde die Streichung der Vergünstigungen durch die EU mit der anhaltend schlechten Menschenrechtssituation in Sri Lanka. Von diesen Massnahmen werden vor allem die Bekleidungsindustrie und die Fischerei Sri Lankas betroffen sein. Die sri-lankische Regierung bezeichnete diese Massnahmen als diktatorisch und Einmischung in innere Angelegenheiten.<sup>17</sup>

## 2.2 Wahlen: Präsidentschaftswahlen im Januar, Parlamentswahlen im April

### 2.2.1 Präsidentschaftswahl

Mahinda Rajapakse gewann die vorgezogene Präsidentschaftswahl in Sri Lanka vom 26. Januar 2010.<sup>18</sup> Der Vorsprung war grösser als erwartet, der Präsident konnte sich 57,88 Prozent der Stimmen für seine zweite Amtszeit sichern. Von tamilischer Seite unterstützten die Eelam People's Democratic Party (EPDP) und die Tamil People's Liberation Tigers (TMVP) den Präsidenten. Sein Herausforderer war Sarath Fonseka, der von verschiedenen Oppositionsparteien nominiert worden war und von der Tamil National Alliance (TNA) unterstützt wurde. Fonseka erreichte 40,15 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung war mit 75 Prozent recht hoch, doch war sie vor allem im tamilischen Norden und Osten deutlich niedriger.<sup>19</sup> Als Gründe dafür gelten fehlende Transportmöglichkeiten der Vertriebenen zu den Wahlurnen, aber auch systematische staatliche Repression und Gewalt am Wahltag und die Einschüchterung der tamilischen Bevölkerung.<sup>20</sup> Auch wenn es keine offensichtlichen Hinweise auf Wahlfälschungen gab, war die fundamentale Fairness der Wahlen in Frage gestellt, da der Präsident die staatlichen Ressourcen einsetzte, um seine Kampagne zu führen; oppositionelle Kandidaten wurden von den staatlichen Medien ausgeschlossen.

Am 8. Februar 2010 wurde Fonseka von der Militärpolizei unter dem Vorwurf festgenommen, einen Staatsstreich und die Ermordung des Präsidenten zu beabsichtigen. Auch mindestens 53 Anhänger Fonsekas wurden nach Zusammenstössen von Aktivisten mit der Polizei festgenommen, darunter aktive oder pensionierte Militärs. Gegen Fonseka wurden verschiedenste Verfahren mit unterschiedlichsten Beschuldigungen sowohl vor zivilen Gerichten als auch vor einem Militärgericht eröffnet (Anheuerung von Armeedeserteuren für die Wahlkampagne, Korruption, Waffenbeschaffung, Einmischung in die Politik während des Militärdienstes). Ein sri-lankisches Militärgericht degradierte Fonseka und erkannte ihm alle militärischen Ehren ab.<sup>21</sup> Auf Empfehlung des Staatspräsidenten, der zugleich nominell Oberbefehlshaber ist, wurde er zudem am 30. September 2010 zu zweieinhalb Jahren Gefängnis und zu

<sup>16</sup> Reliefweb, EU temporarily withdraws GSP+ trade benefits from Sri Lanka, 15. Februar 2010.

<sup>17</sup> Tamil Guardian, Sri Lanka dismiss EU conditions for GSP+ extension, 30. Juni 2010.

<sup>18</sup> NZZ, Klarer Sieg Rajapakses in Sri Lanka, 28. Januar 2010.

<sup>19</sup> Südasien, Umstrittene Präsidentschaftswahl in Sri Lanka, 6. Februar 2010.

<sup>20</sup> NZZ, Klarer Sieg Rajapakses in Sri Lanka, 28. Januar 2010.

<sup>21</sup> NZZ, Sri Lankas Justiz gegen die Opposition, 14. August 2010.

Zwangsarbeit verurteilt.<sup>22</sup> Er verlor seine Bürgerrechte, wurde in ein Hochsicherheitsgefängnis verbracht und verlor zugleich seinen Parlamentssitz. Beobachter halten den Prozess für politisch motiviert.<sup>23</sup> Gründe für den Rachezug gegen Fonseka sind einerseits seine Kandidatur gegen den Präsidenten, andererseits Andeutungen in einem Interview zu möglichen Kriegsverbrechen der Regierung. Der Mann, der die Armee zum Sieg über die LTTE führte, scheint inzwischen der Staatsfeind Nr. 1 zu sein, während hingegen der inhaftierte LTTE-Führer Selvarajah Pathmanathan (genannt KP) ein gutes Verhältnis zum Verteidigungsstaatssekretär Gothabaya Rajapakse unterhalten soll.<sup>24</sup>

### 2.2.2 Parlamentswahlen im April

Im April 2010 fanden die **Parlamentswahlen** statt. Die regierende *United Peoples' Freedom Alliance* (UPFA) unter der Führung der *Sri Lankan Freedom Party* (SLFP) des Präsidenten gewann mit grossem Vorsprung, erreichte allerdings mit 60 Prozent der Stimmen die angestrebte 2/3-Mehrheit nicht. Die oppositionelle United National Party (UNP) des früheren Premierministers Ranil Wickremesinghe kam auf 30 Prozent der Stimmen und 46 Sitze. Die Democratic National Alliance (DNA) von Sarath Fonseka erreichte nur sieben Sitze. Der Anteil der Tamil National Alliance (TNA) verringerte sich von 22 auf 14 Sitze.<sup>25</sup> Fonseka, der zu diesem Zeitpunkt aus dem Gefängnis heraus kandidierte, konnte offenbar seine durch Verhaftungen und Repression eingeschüchterten Anhänger nicht mehr mobilisieren.<sup>26</sup> Unabhängige Beobachter gingen davon aus, dass die Wahlen nicht frei und fair gewesen sind, weil vor allem tamilische Vertriebene ihr Wahlrecht nicht ausüben konnten.<sup>27</sup>

Bereits im März 2010 hatte die TNA als die grösste TamillInnen repräsentierende politische Gruppe die formelle Abkehr von der Forderung eines unabhängigen tamilischen Staats verkündet. Zugleich forderte sie den Zusammenschluss der beiden Provinzen mit tamilischer Mehrheit zu einer einzigen, einen stärkeren Einfluss der TamillInnen auf Landrechte und Besteuerung, ferner Selbstbestimmung.

Dass seine Partei über eine grosse Mehrheit im Parlament verfügt, hat Rajapakse dazu genutzt, um seine Macht weit über die laufende Legislatur hinaus zu zementieren. Rajapakses Gegner werfen ihm vor, das demokratische System in Sri Lanka immer mehr auszuhöhlen und Sri Lanka in eine Diktatur zu verwandeln. Beobachter sind davon überzeugt, dass der 64-Jährige weit über seine eigene Zukunft hinaus denkt und derzeit dabei ist, eine Dynastie zu errichten. Viele Regierungsposten sind an engste Angehörige vergeben.<sup>28</sup>

---

<sup>22</sup> NZZ, Wahlverlierer in Sri Lanka politisch kaltgestellt, 30. September 2010.

<sup>23</sup> Sri Lanka Timeline, Year 2010, Quelle:  
[www.satp.org/satporgtp/countries/shrilanka/timeline/index.html](http://www.satp.org/satporgtp/countries/shrilanka/timeline/index.html).

<sup>24</sup> BBC, Sri Lanka leader's brother testifies before war panel, 17. August 2010.

<sup>25</sup> Sri Lanka Timeline, Year 2010, Quelle:  
[www.satp.org/satporgtp/countries/shrilanka/timeline/index.html](http://www.satp.org/satporgtp/countries/shrilanka/timeline/index.html).

<sup>26</sup> NZZ, Sieg Rajapakses in Sri Lanka, 10. April 2010.

<sup>27</sup> Ebd.

<sup>28</sup> NZZ, Sri Lankas Präsident gewinnt weiter an Macht, 9. September 2010.

## 3 Sicherheitssituation

### 3.1 Sicherheitsapparat

Innerhalb des Machtapparats agieren Gruppen, die vom Gesetz nicht gedeckte Aktionen planen. Sie beraten die politische Führung, entführen, foltern, befragen und töten ohne das Risiko, zur Rechnung gezogen zu werden.<sup>29</sup> Der Sicherheitsapparat fühlt sich nicht einmal durch die Notstandsgesetzgebung eingeschränkt. Untersuchungen gegen die Aktivitäten des Sicherheitsapparats sind nicht bekanntgeworden. Verhaftungen, um damit Geld zu machen, sind übliche Praxis. Sabotiert werden mögliche Untersuchungen dieser Praktiken von der Polizei selbst und der Behörde des Generalstaatsanwalts. Die Asian Human Rights Commission kommt zum Resultat, dass die dominante Funktion des Sicherheitsapparats das Gesetz zu Bedeutungslosigkeit verkommen lässt.<sup>30</sup>

Auch nach dem Krieg gibt es eine fortdauernde starke Präsenz der Sicherheitskräfte im Norden und Osten der Insel und sind insbesondere TamillInnen nach wie vor ein Ziel von Sicherheitsmassnahmen im ganzen Land, auch wenn die Zahl der Checkpoints reduziert worden ist.<sup>31</sup> Während die LTTE in den ersten Monaten des Jahres 2009 noch Attacken gegen sri-lankische Institutionen, Selbstmordattentate und einen Luftangriff auf Colombo ausgeführt hatte, bedeutete das Ende der Kampfhandlungen auch ein Ende solcher Angriffe. Die Regierung wird jedoch nicht müde, die Gefahr weiterer Aktivitäten der LTTE als Anlass für die fortgesetzte starke militärische Präsenz im Norden und Osten als auch an strategischen Punkten im Westen der Insel zu nennen.<sup>32</sup> Verhaftungen von Personen mit mutmasslichen LTTE-Verbindungen werden seitens der Regierung routinemässig mit dem Hinweis verbunden, dass diese gewaltsame Angriffe beabsichtigt hätten.

Hinweise auf aktive LTTE-Kader im Norden gibt es keine. Militär und sri-lankische Polizei entdeckten grosse Waffenlager, die von den LTTE zurückgelassen worden waren. Die höchstrangigen LTTE-Mitglieder waren entweder gefangengenommen oder getötet worden, oder sie konnten das Land verlassen.<sup>33</sup> Es gibt immer noch Gerüchte zu LTTE-Kadern im Dschungel im Osten der Insel, aber keine klaren Belege dafür.<sup>34</sup>

### 3.2 TMVP und andere paramilitärische Gruppen

Nach dem Ende des Krieges benötigt die Regierung die paramilitärischen Gruppen weniger, deren Aufgabe nun vor allem darin besteht, LTTE-Mitglieder zu identifizieren. Es gibt die Befürchtung, dass diese Gruppen, die meist einen politischen und einen bewaffneten Flügel haben, im Vanni in das Vakuum hineinstossen und dass

<sup>29</sup> Asian Human Rights Commission, The State of Human Rights in Sri Lanka in 2009, Juli 2010, S. 8.

<sup>30</sup> Asian Human Rights Commission, S. 9.

<sup>31</sup> Danish Immigration Service (DIS), Human Rights and Security Issues concerning Tamils in Sri Lanka, Oktober 2010, Report from a fact finding mission, S. 8.

<sup>32</sup> United States Department of State, 2009 Country Reports on Terrorism – Sri Lanka, 5. August 2010: [www.unhcr.org/refworld/docid/4c63b62028.html](http://www.unhcr.org/refworld/docid/4c63b62028.html).

<sup>33</sup> DIS, S. 8.

<sup>34</sup> DIS, S. 8.

Zwangsrekrutierungen und Erpressungen wieder zunehmen.<sup>35</sup> Ihre Aktionen sind von Polizei und Militär gedeckt, und sie werden nicht zur Rechenschaft gezogen.<sup>36</sup> Einzelne TMVP-Mitglieder scheinen in der Ostprovinz in den Geheimdienst integriert worden zu sein.

Zugleich hat die Regierung die Autonomie und Unabhängigkeit der tamilischen und muslimischen Parteien unterminiert. Der einstige LTTE-Kommandeur V. Muralitharan, besser bekannt als Karuna, verliess im März 2009 die von ihm gegründete *Tamil Makkal Vidulthalai Puligal* (TMVP) und schloss sich der Sri Lanka Freedom Party (SLFP) des Präsidenten zusammen mit vielen seiner Anhänger an. Karuna ist heute Vizepräsident der SLFP. Die TMVP wird heute vom früheren parteiinternen Kontrahenten Karunas und jetzigen Chefminister der Ostprovinz, Sivanesanathurai Chandrakanthan (Pillayan), geführt. Ziel der TMVP sind jetzt vor allem Geschäftsleute, weil es an Geld fehlt, die Kader weiterhin zu bezahlen. Die Rekrutierung von Kindern scheint sich fortzusetzen.<sup>37</sup> Viele, die heute im Osten an der Macht sind, waren früher Kommandanten der TMVP. Das führt dazu, dass Schutzgewährung gegen diese paramilitärischen Gruppen durch die staatlichen Stellen zweifelhaft ist, weil die Polizei mit diesen Hand in Hand arbeitet.<sup>38</sup>

Ebenfalls wurde die regierungsnahen *Eelam People's Democratic Party* (EPDP) gezwungen, die Gemeindewahlen in Jaffna und Vavuniya als Teil der Parteienkoalition UPFA (*United People's Freedom Alliance*), der auch die SLFP angehört, zu bestreiten, nachdem zuerst die EPDP aufgelöst und in die SLFP integriert wurde. Die EPDP soll weiterhin politische Opponenten bedrohen. PLOTE, TELO und besonders EPDP als mächtigste Organisation funktionieren im Norden mit Zustimmung der Regierung, sie haben in Vavuniya ihre offiziellen Büros. Darüber hinaus fungieren sie als Assistenten der Regierung bei der Identifizierung früherer LTTE-Mitglieder. Weiterhin rekrutieren sie gewaltsam junge Personen. Die EPDP ist sowohl in Jaffna als auch in Vavuniya aktiv.<sup>39</sup>

### 3.3 Sicherheitssituation für TamillInnen in Colombo

Vor allem junge TamillInnen aus dem Norden der Insel werden bei einer Registrierung scharf überwacht, und es kann ihnen auch der Aufenthalt in Colombo verweigert werden.<sup>40</sup> Registrierungsvorschriften werden in Colombo in einer diskriminierenden Weise eingesetzt, indem sie vor allem für Personen tamilischer Ethnie gelten. So wurden Mitte Juli im Wellawatte-Bezirk (mit der höchsten Konzentration an TamillInnen) BewohnerInnen durch Lautsprecher in tamilischer Sprache aufgefordert, sich registrieren zu lassen, nicht aber singhalesische oder muslimische BewohnerInnen.<sup>41</sup> Auch wenn die Regierung diskriminierendes Vorgehen bestreitet, sind es vor allem TamillInnen bestimmter Quartiere, die gezwungen werden, sich spezieller Kontrolle zu unterziehen. Berichtet wird ausserdem von Razzien und Suchaktionen,

---

<sup>35</sup> DIS, S. 13.

<sup>36</sup> DIS, S. 14.

<sup>37</sup> DIS, S. 36.

<sup>38</sup> DIS, S. 37 ff.

<sup>39</sup> UNHCR Eligibility Guidelines for Assessing the International Protection Needs of Asylum Seekers from Sri Lanka, 5. Juli 2010, S. 8, Fussnote 59.

<sup>40</sup> UNHCR Eligibility Guidelines 2010 unter Hinweis auf weitere Quellen, S. 10.

<sup>41</sup> DIS, S. 28.

wenn auch in geringerem Umfang. Verhaftungen an den noch immer zahlreichen Checkpoints scheinen abgenommen zu haben.<sup>42</sup>

## 4 Menschenrechtssituation

### 4.1 Aufklärung der Kriegsverbrechen/Kommissionen in Sri Lanka

In Sri Lanka ist die Installation ineffektiver Untersuchungskommissionen notorisch. Diese liefern entweder keine Resultate oder haben aufgrund von Behinderungen durch die Regierung ihre Arbeit eingestellt.<sup>43</sup> Straflosigkeit für von staatlicher Seite begangene Rechtsverletzungen bleibt die Regel. Das 18. Amendment stärkt die Macht des Präsidenten zusätzlich und unterbindet jegliche Unabhängigkeit der *Human Rights Commission* (HCR), der Wahlen, der Gerichtsbarkeit und anderer Instanzen.<sup>44</sup>

In Colombo hat im August 2010 eine **Regierungskommission (*Commission on lessons learned and reconciliation*)** ihre Arbeit aufgenommen, die sich mit den letzten Jahren des Bürgerkriegs gegen die Rebellen der LTTE befasst. Es ist das implizite Ziel der Kommission, internationale Untersuchungen zu unterlaufen. Solange ein Staat vorgeblich eigene Untersuchungen tätigt, wird die internationale Gemeinschaft zögern, externe Ermittlungen zu forcieren.<sup>45</sup> Im Zentrum der Kommissionsarbeit sollen die Untersuchungen zu den Ursachen stehen, die zum Zusammenbruch des Waffenstillstands im Jahr 2002 geführt haben (*«to find out the root causes of the terrorist problem»*). Schwere Kriegsverbrechen stehen hingegen nicht im Fokus dieser Kommission, Begriffe wie Menschenrecht oder Kriegsverbrechen kommen im Mandat der Kommission überhaupt nicht vor.<sup>46</sup> Sie erfüllt minimale internationale Standards nicht, und ihre Unabhängigkeit wird von vielen Seiten angezweifelt. Äusserungen des Präsidenten, «dass die Kommission nach vorne schauen solle», lassen befürchten, dass es überhaupt nicht um in der Vergangenheit liegende Rechtsverletzungen und schon gar nicht um solche der Regierung geht.<sup>47</sup> Die Kommissionsmitglieder stehen nicht für Unabhängigkeit, sie haben alle in der einen oder anderen Form für die sri-lankische Regierung gearbeitet. Der dem Präsidenten nahestehende Kommissionspräsident Chitta Ranjan de Silva ist ein früherer Generalstaatsanwalt, der schon die frühere *Presidential Commission of Inquiry* in der Ausführung ihrer Arbeit blockierte. Die Arbeitsweise der Kommission und die Resultate und Empfehlungen sollen nicht öffentlich gemacht werden.<sup>48</sup> Menschenrechtsorgani-

<sup>42</sup> DIS unter Hinweis auf Gespräche mit dem UNHCR, S. 29.

<sup>43</sup> Human Rights Watch, Questions and answers on accountability for violations of International Humanitarian Law in Sri Lanka, Mai 2010, SFH, Sri Lanka unter Notstandsrecht, Dezember 2007.

<sup>44</sup> Die *Human Rights Commission* (HCR) ist de facto nicht mehr aktiv, weil kein Vorsitzender und keine neuen Kommissionsmitglieder bestimmt wurden. Mehr als 5500 Anzeigen bleiben vor der Kommission unbearbeitet; Daily Mirror (Sri Lanka), 27. August 2010.

<sup>45</sup> Tamil Guardian, LLRC extension is no surprise, 7. November 2010.

<sup>46</sup> NZZ, Sri Lankas ungesühnte Kriegsverbrechen, 12. August 2010.

<sup>47</sup> Tamil Guardian, Quelle: [www.tamilguardian.com/print.asp?articleid=278](http://www.tamilguardian.com/print.asp?articleid=278).

<sup>48</sup> Sowohl der Kommissionspräsident C.R. de Silva wie auch das Mitglied H.M.G.S. Palihakkara waren Regierungsvertreter während des letzten Jahres des Krieges, die öffentlich die Kriegsführung der Regierung gegen Vorwürfe der Kriegsverbrechen verteidigten. Bekannt ist ausserdem, dass der

sationen bezeichnen die Einsetzung der Kommission als völlig unzureichende Antwort auf schwerwiegende Vorwürfe und einen Versuch, eine internationale Kommission zu sabotieren. Sri Lanka hat nie ein funktionierendes Zeugenschutzprogramm oder andere Prozeduren zum Zeugenschutz entwickelt. In einer Atmosphäre, in der die Feststellung, dass das Militär internationales Recht verletzt habe, als Verrat gilt, wäre der Zeugenschutz umso dringlicher. Die sri-lankische Regierung behindert die Präsenz ausländischer Medien bei den Sitzungen der Kommission.<sup>49</sup> Das Mandat der Kommission soll um weitere sechs Monate bis zum 15. Mai 2011 verlängert werden. Amnesty International, Human Rights Watch und die International Crisis Group haben unter Hinweis auf die Unglaubwürdigkeit der Kommission abgelehnt, vor dieser zu erscheinen.<sup>50</sup>

Trotz der für Zeugen bedrohlichen Situation haben einige mutige Personen vor der Kommission über Kriegsverbrechen ausgesagt. So berichteten einige TamillInnen, dass ihre Angehörigen, die mit den LTTE zusammenarbeiteten, verschwunden seien, sobald sie sich ergeben hätten und seit dem Ende des Krieges im Mai 2009 nicht wieder aufgetaucht seien.<sup>51</sup> Die Tamil National Alliance (TNA) entschloss sich, bei den Treffen der Kommission, die sich am 16., 17. und 18. September 2010 in Kili-nochchi traf, Aussagen zu machen.<sup>52</sup> Nach einer Meldung von TamilNet vom 14. November 2010 wurden aussagewillige Personen, die vor der Kommission über das letzte Stadium des Krieges im Vanni aussagen wollten während dieser Sitzungen von Mitgliedern der *Sri Lanka Navy Intelligence Unit*, von der EPDP und auch von Regierungsoffiziellen eingeschüchtert und bedroht und zum Weggehen genötigt.<sup>53</sup>

## 4.2 Notstandsgesetzgebung

Es wird geschätzt, dass ungefähr 12'000 Individuen während der letzten Monate des Krieges und danach wegen mutmasslicher Verbindungen zu den LTTE in **Hochsicherheitslagern** (verschiedentlich als *Rehabilitation Camps* bezeichnet) inhaftiert wurden, darunter viele, die im Endstadium des Konflikts zwangsrekrutiert worden waren. Sie werden nach dem vor Mai 2010 gültigen Notstandsrecht behandelt.<sup>54</sup> Über 500 Kinder wurden ausserdem in sogenannte Rehabilitationslager gebracht.

Die Hoffnung, dass mit der Niederlage der LTTE die restriktiven und missbräuchlichen Gesetze und Praktiken gelockert würden, hat sich nur zu einem geringen Teil erfüllt (vgl. unten 4.2.1). Die Aufrechterhaltung des Notrechts auch dann, wenn es

---

Generalstaatsanwalt C.R. de Silva die Unabhängigkeit der präsidialen Untersuchungskommission, die Menschenrechtsverletzungen der Sicherheitskräfte untersuchen sollte, aktiv unterminierte. Seine Interessenkonflikte wurden immer wieder von der International Independent Group of Eminent Persons IIGEP kritisiert, die ihrerseits die Arbeit der Untersuchungskommission überwachen sollte. Die Interessenkonflikte von de Silva wurden als Hauptgrund angegeben, weshalb die Mitglieder der IIGEP im April 2008 die Arbeit der Kommission beendeten.

<sup>49</sup> BBC News, Sri Lanka blocks BBS from travelling to war commission, 11. November 2010.

<sup>50</sup> Amnesty International, International Inquiry needed to address alleged War Crimes in Sri Lanka, 13. Oktober 2010.

<sup>51</sup> BBC News, Sri Lanka War Panel hears of Tamil disappearances, 20. September 2010.

<sup>52</sup> Sri Lanka Timeline, Year 2010: [www.satp.org/satporgtp/countries/shrilanka/timeline/index.html](http://www.satp.org/satporgtp/countries/shrilanka/timeline/index.html).

<sup>53</sup> TamilNet, SLN, EPDP intimidate LLRC witnesses in Jaffna islets, 14. November 2010.

<sup>54</sup> International Commission of Jurists, Beyond Lawful Constraints, Sri Lankas Mass Detention of LTTE Suspects, September 2010, S. 9. Die Zahlen variieren je nach Quelle. HRW spricht im World Report 2010, Sri Lanka, S. 2, von mehr als 10'000 Inhaftierten; die UNHCR Eligibility Guidelines 2010 sprechen von 11'000 Personen.

gar keine Notsituation mehr gibt, sendet nach Auffassung von Sam Zafiri, dem Verantwortlichen von Amnesty International für Asien und Pazifik, das falsche Signal an die Bevölkerung.<sup>55</sup> Der langdauernde Zustand des Notrechts in Sri Lanka hat zu einer Situation geführt, in der der Einsatz von ausserordentlichem Recht der Normalfall und nicht mehr die Ausnahme ist.

#### 4.2.1 Gesetzliche Grundlagen

Erlaubt ist nach der **Notstandsgesetzgebung** die präventive Haft bei blossem Verdacht eines möglichen künftigen Vergehens. Die Rechtsgrundlagen für die Inhaftierung im Rahmen der Notstandsgesetze sind einerseits der **Prevention of Terrorism Act (PTA)** und andererseits die **Emergency Regulations (ER)**.<sup>56</sup>

Der **Prevention of Terrorism Act (PTA)** erlaubt in Ziff. 9 die Verhaftung ohne Haftbefehl und eine Inhaftierung bis zu 18 Monaten, wenn die Behörden Grund zu der Annahme haben, dass die Verhafteten in eine ungesetzliche Tätigkeit, insbesondere in Akte, die als «terroristisch» gelten, verwickelt sind. In Kraft ist dieses Gesetz seit 1979, seine Geltungsdauer wurde zunächst auf drei Jahre befristet, dann wurde es 1982 für dauerhaft gültig erklärt.<sup>57</sup> Der PTA arbeitet mit vagen Begriffen und kriminalisiert auch Handlungen, die ohne erkennbare kriminelle Absicht begangen werden, so zum Beispiel Handlungen, die «Disharmonie oder Böswilligkeit unter den Gemeinschaften säen können», dies unabhängig davon, ob es überhaupt dazu gekommen ist. Vorgesehen sind Strafen von fünf bis zu 20 Jahren.

Zudem bilden die **Emergency Regulations (ER von 2005 und die ER von 2006)** den gesetzlichen Rahmen für eine Anti-Terror-Strategie.<sup>58</sup> Sie werden routinemässig vom Parlament jeden Monat verlängert. Die Bestimmungen finden auf Tausende nach dem Krieg inhaftierte Personen Anwendung, die in sogenannten Rehabilitationslagern festgehalten werden und entweder als **Surrendees** oder als **Rehabilitees** bezeichnet werden. Zwischen der Behandlung der beiden Kategorien gibt es keine klaren Unterscheidungen. Das führt zu einer versteckten Form von Verbrechenverwaltung ohne Kontrolle durch die Gerichte. Administrative Haft ohne Anklage oder Strafverfahren ist nach **Art. 22 ER (ER 2005)** automatisch für **Surrendees** vorgesehen. Diese sind definiert als Personen, die sich den Behörden ergeben im Zusammenhang mit einer Reihe von Vergehen strafrechtlicher Art oder wegen der «Befürchtung terroristischer Aktivitäten».<sup>59</sup>

Die **Emergency Regulations** erlauben einerseits die **präventive Haft ohne Gerichtsverfahren** bis zu einem Jahr, die verlängert werden kann. Präventive Haft ist

<sup>55</sup> IRIN, Sri Lanka: Amnesty says Emergency Rule must end, 5. August 2010.

<sup>56</sup> Vgl. SFH, Sri Lanka unter Notstandsrecht, Dezember 2007, S. 9 ff.

<sup>57</sup> *Prevention of Terrorism (Temporary) Provisions Act Nr. 48* von 1979: Der Begriff «Temporary» ist irreführend, weil das Gesetz 1979 erlassen wurde und als vorübergehende Massnahme (für drei Jahre) vorgesehen war.

<sup>58</sup> *The Emergency (Miscellaneous Provisions and Powers) Regulations (EMPPR)*, August 2005, und *Emergency (Prevention and Prohibition of Terrorism and Specified Terrorist Activities) Regulations No. 07*.

<sup>59</sup> Der Begriff «surrendee» impliziert Freiwilligkeit. Es ist unklar, ob alle Inhaftierten geschriebene Geständnisse abgegeben haben, wie das in Reg. 22 gefordert ist. Selbst dort, wo das geschehen ist, ist unklar, ob die Inhaftierten die in Singhalesisch geschriebenen Texte wirklich verstanden haben. Weitere Kritik an der rechtlichen Regelung zu «Surrendees»: International Commission of Jurists *Beyond Lawful Constraints: Sri Lanka's Mass Detention of LTTE Suspects*, September 2010, Quelle: [www.unhcr.org/refworld/docid/4ca0ae592.html](http://www.unhcr.org/refworld/docid/4ca0ae592.html).

die administrative Einschränkung der Freiheit auf blossen Verdacht eines möglichen künftigen Verbrechens hin, ohne dass es einen Verbrechensvorwurf gibt. Zwar können die Ämter über solche Inhaftierungen informiert werden, doch schliessen die ER die gerichtliche Überprüfung explizit aus.<sup>60</sup>

Diese Bestimmungen bleiben anwendbar auf die **vor dem Mai 2010** verhafteten Personen: Das ist die grosse Mehrzahl der in den Hochsicherheitslagern festgehaltenen Personen. Für nach dem Mai 2010 verhaftete Personen wurden einzelne Bestimmungen zurückgezogen,<sup>61</sup> die maximale Haftdauer auf drei Monate reduziert und eine Vorführung vor der Behörde innerhalb 72 Stunden verlangt. Die Reform von Mai 2010 ist unzureichend, sie hat keine Rückwirkung und korrigiert die Ungesetzlichkeiten gegenüber den bis zu diesem Zeitpunkt Verhafteten nicht, zum Beispiel der am Ende des Krieges Verhafteten.

#### 4.2.2 Mängel des Notstandsrechts

Die Notstandsgesetzgebung – wie sie für die grosse Mehrzahl der in den Hochsicherheitslagern Inhaftierten Gültigkeit hat – weist die folgenden Mängel auf:<sup>62</sup>

Erfahrungsgemäss, und das gilt besonders für die jahrelange Praxis in Sri Lanka, ermöglicht diese Form einer administrativer Haft schlimmste **Missbräuche** wie Folter, Verschwindenlassen und *incommunicado*-Haft. Die ER und der PTA ermöglichen die Festhaltung in irregulären und unbekanntem Haftzentren (also nicht Polizeistationen, Gefängnissen etc.), ohne dass eine Registrierung der Inhaftierten zu erfolgen braucht.

Die Notstandsgesetze arbeiten mit **sehr unbestimmten Begriffen**, laden damit zur Willkür ein und verletzen das Legalitätsprinzip. Die Macht ist in den Händen der Exekutive konzentriert. Polizei und Militär können Individuen präventiv inhaftieren, von denen sie glauben, sie könnten in Reg. 25 ff. (ER 2005) aufgelistete Delikte oder solche Handlungen begehen, die «die nationale Sicherheit oder die öffentliche Ordnung oder die Aufrechterhaltung wesentlicher Dienste» gefährden (*prejudice*). Keiner der Schlüsselbegriffe wie «*prejudicial*», «nationale Sicherheit», «öffentliche Ordnung», «wesentliche Aufgaben» wird definiert.

Einzelne Bestimmungen **widersprechen dem Prinzip der individuellen Verantwortlichkeit**. So stellt Reg. 7 (ER 2006) die Mitgliedschaft in einer Gruppe, die in terroristische Aktivitäten verwickelt ist, unter Strafe. Reg. 8 (ER 2006) ist besonders vage, wenn dort Personen, die in «*any transaction*» mit einer als terroristisch eingestuft Gruppe oder Person involviert sind, mit bis zu zehn Jahren bestraft werden. Das trifft grundsätzlich auf die gesamte Bevölkerung im Vanni zu, die unter Kontrolle der LTTE lebte.

**Administrative Haft** für zwölf Monate mit einer möglichen Erstreckung bis zwei Jahren ohne Anklage und Gerichtsverfahren kann de facto eine **Form der Strafe** sein

<sup>60</sup> International Commission of Jurists, Sri Lanka's Emergency Laws, März 2009, S. 27.

<sup>61</sup> Ausserordentliche Regulation 1651/42, 2. Mai 2010, vgl. International Commission of Jurists, Sri Lanka's Emergency Laws, März 2009, S. 31.

<sup>62</sup> International Commission of Jurists, September 2010, S. 28 ff.

mit Aussicht auf eine weitere Bestrafung, wenn aus der präventiven Haft schliesslich doch ein Strafverfahren resultiert.

Reg. 19 (ER 2006) enthält eine **Immunitätsklausel**, die Polizei, Militär und andere Personen straflos stellt, die in «gutem Glauben» handeln. Diese Klausel ist der Türöffner für Straflosigkeit bei staatlichem Fehlverhalten.

### 4.3 Was geschah und geschieht in den Hochsicherheitslagern?

Auf dem Höhepunkt des militärischen Konflikts im Mai 2009 wurden viele der später Inhaftierten durch die sri-lankische Armee von ihren Familien getrennt, als sie in die regierungskontrollierten Gebiete fliehen wollten. Andere wurden in den Vertriebenenlagern wie Manik Farm aufgrund eines **Screenings**, das von der Armee, der *Terrorist Investigation* (TID) oder der *Criminal Investigation Division* (CID) durchgeführt wurde, verhaftet. Diese *Screenings* setzten sich in den Monaten nach dem Ende des Konflikts fort, in Manik Farm mindestens bis Dezember 2009. Eingesetzt wurden bei der Identifizierung regelmässig tamilische Informanten oder paramilitärische Gruppen. Jegliche angebliche Verbindung mit den LTTE war Grund für eine Verhaftung. Dazu gehörten Personen, die nicht in Kämpfe verwickelt waren, und gutgläubige Zivilpersonen, die sich einfach nicht von ihren Verwandten, die der LTTE-Mitgliedschaft verdächtig waren, trennen wollten.<sup>63</sup> Öffentliche Aufrufe an alle, die «auch nur eine Minute mit den LTTE in irgendeiner Weise» verbracht haben, brachte viele Personen mit minimalen Kontakten zu den LTTE dazu, sich anzuzeigen, eingeschlossen Kinder. Viele Eltern ermutigten ihre Kinder, sich selbst dann anzuzeigen, wenn sie in der Endphase nur einige Stunden in der Obhut der LTTE waren. Statt der in Aussicht gestellten Freilassung führte die Selbstanzeige in vielen Fällen zu unbegrenzter Haft ohne Anklage und Gerichtsverfahren. Da die LTTE mit ihrer ganzen Politik im von ihnen dominierten Gebiet das Alltagsleben der Zivilbevölkerung durchdrungen und kontrolliert hatten, war die Wahrscheinlichkeit von Kontakten mit den LTTE bei allen Vertriebenen aus dem Vanni gegeben. Besonders mögliche Augenzeugen der letzten Phase der Kämpfe waren Ziel der Suchaktionen, so Ärzte, die in den von den LTTE kontrollierten Gebieten tätig und mögliche Belastungszeugen gegen das Militär waren.<sup>64</sup>

#### 4.3.1 Haftbedingungen

Die sri-lankische Regierung gestattete unabhängigen Beobachtern keinen Zugang zu den Haftzentren. Ende Juli 2010, mehr als ein Jahr nach der militärischen Niederlage der LTTE, waren nach Schätzungen von ursprünglich 12'000 Inhaftierten immer noch bis zu 8000 Erwachsenen in mindestens einem Dutzend Rehabilitationszentren auf der Basis von vermuteten Verbindungen zu den LTTE festgehalten.<sup>65</sup> Mindestens 1300 Personen wurden als zum harten Kern der LTTE gehörend bezeichnet, die nach Regierungsangaben mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen müssen, von denen wiederum 700 in speziellen Hafteinrichtungen in Omanthai festgehalten werden.

---

<sup>63</sup> International Commission of Jurists, September 2010, S. 8 ff.

<sup>64</sup> Human Rights Watch, Sri Lanka, Country Summary, Januar 2010, S. 3.

<sup>65</sup> International Commission of Jurists, September 2010, S. 10.

Ungefähr 3000 Personen wurden während des letzten Jahres freigelassen, einschliesslich 565 Minderjährigen.<sup>66</sup>

Verhöre wurden durch die Armee und die Geheimdienste TID und CID geführt. Inhaftierte mussten drei oder vier in singhalesisch verfasste Dokumente unterzeichnen, die viele Tamilisch sprechende Inhaftierte nicht verstehen konnten. Sie wurden über den Grund der Verhaftung nicht informiert, diejenigen, die freigelassen wurden, auch nicht über den Grund der Freilassung. Unklar blieb trotz der Bezeichnung der Inhaftierten als *rehabilitees*, welcher Art von Rehabilitation sie unterzogen würden. Nur ein Drittel der Häftlinge schien rehabilitationsspezifische Aktivitäten zu durchlaufen wie Sprachtraining, Weiterbildung und buddhistische Meditation.<sup>67</sup>

Angehörige und Familien, meist selbst in Internierungslagern festgehalten, wurden oft nicht über den Aufenthaltsort der Inhaftierten informiert. Der Umstand, dass der Status der Verdächtigen unklar ist, gab und gibt weiterhin Anlass zu Spekulationen über Misshandlungen und Folter. Wenn Begegnungen mit Angehörigen erlaubt werden, dauern diese zehn Minuten, wobei die Verwandten sich nur durch einen Zaun sprechen können.<sup>68</sup>

#### 4.3.2 Nichtgesetzliche Tötungen

Personen mit Verbindungen zu den LTTE sind nach verschiedensten Quellenangaben in den Lagern getötet worden.<sup>69</sup> Tötungen von Personen in Polizeigewahrsam sind ohnehin ein nahezu tägliches Vorkommnis in Sri Lanka.<sup>70</sup> Sie weisen ein stereotypes Muster auf, folgt man in den bekanntgewordenen Fällen den konstruierten Berichten der Polizei an die Verwaltung: Entweder wird der Verhaftete erschossen, als er versucht zu fliehen. Oder die Polizei nimmt ihn mit zu einem vorgeblichen Waffenlager, wo er sich einer Schusswaffe oder Handgranate bemächtigt und erschossen werden muss. Fabrizierte Beschuldigungen gehören zum immer wiederkehrenden Muster. Nie wird erklärt, wie es möglich war, dass der Verdächtige die Waffen ergreifen konnte, und weshalb er, obwohl als gefährlicher Krimineller dargestellt, nicht mit Handschellen gefesselt war. Die Asian Human Rights Commission hat alleine im Oktober 2010 fünf solch gleichgelagerte Fälle registriert.<sup>71</sup> Die Umstände der Tötungen bleiben regelmässig geheim, und das Recht der Angehörigen, die Wahrheit zu erfahren, wird ebenfalls regelmässig verletzt.

---

<sup>66</sup> Vgl. Fussnote 54. Angaben der Regierung zur Zahl der Festgehaltenen waren inkonsistent. Im November 2009 wies der damalige Kommissar für Rehabilitation darauf hin, dass 10'992 *surrendees* unter seiner Aufsicht waren. Später sprach der Sri-Lanka-Vertreter bei den UNO von 12'700 früheren Kombattanten, die identifiziert wurden. In anderen Verlautbarungen sprach die Regierung von 12'000 Inhaftierten im Februar 2010, später von 10'732 Individuen. Unabhängige Berichte zur Zahl der Inhaftierten sind nicht verfügbar, weil die sri-lankische Regierung ein systematisches unabhängiges Monitoring nicht erlaubt hat; BBC, *Ex-Tamil Fighters held in limbo*, 18. Mai 2010.

<sup>67</sup> International Commission of Jurists, September 2010, S. 12.

<sup>68</sup> BBC, *Former Sri Lanka rebels abused in detention*, 15. Juli 2010.

<sup>69</sup> Allein in den ersten sechs Monaten des Jahres 2009 sollen es 26 Personen gewesen sein: Freedom House, *Countries at the Crossroads 2010 – Sri Lanka*, 7. April 2010.

<sup>70</sup> Asian Human Rights Commission: *Death sentences carried out by the police in Sri Lanka*, 22. Oktober 2010.

<sup>71</sup> Ebd.

### 4.3.3 Folter und Misshandlungen

Den internationalen Hilfsorganisationen, den UNO-Organisationen und tamilischen Parlamentariern wurde der Zugang zu den sogenannten Rehabilitationslagern verwehrt. Ein Brief einer jungen Frau aus Trincomalee spricht davon, dass junge Gefangene blau geschlagen wurden, manche mit dem Kopf nach unten aufgehängt oder auf dem Boden liegend mit Gürteln und Stöcken geschlagen wurden. Verletzte wurden nicht in ein Spital gebracht. Personen, die zum Verhör abgeführt wurden, sollen nicht wiedergekehrt sein.<sup>72</sup> Berichte sprechen von schlechten hygienischen Bedingungen in diesen Lagern und von unzureichendem Zugang zu Wasser. Dass die Regierung den Zugang, auch des IKRK, zu diesen Lagern unterbindet und keine zentralen Listen zu den Inhaftierten bekanntgegeben werden, erhöht die Gefahr von Folter und Verschwindenlassen. Da die Inhaftierten die Haft nicht überprüfen lassen können und keinen Zugang zu Anwälten haben, befinden sie sich in einer **black box** mit der Gefahr unkontrollierter Missbräuche.

Die *World Organisation against Torture* (OMCT) rief die Regierung von Sri Lanka auf, ihre Verantwortung zur Abschaffung von Folter und anderen Formen der Misshandlung zu übernehmen, indem sie den *Sri Lanka's Torture Act* der UNO-Konvention (UNCAT) effektiv implementiert und das Optionale Protokoll OPCAT ratifiziert. Auch lange nach dem Kriegsende von Mai 2009 hat die OMCT glaubwürdige Berichte zu Folter von verdächtigten LTTE-Kadern durch die sri-lankischen Stellen erhalten.<sup>73</sup>

Berichte zu Folter kommen aus dem ganzen Land, auch Fälle betreffend, die nicht im Zusammenhang mit ethnischen Konflikt oder Terrorismus stehen. Schlagen mit unterschiedlichen Werkzeugen, Falaqa und Erstickungszustände werden routinemässig von staatlichen Vertretern bei Befragungen und persönlichen Vendettas eingesetzt.<sup>74</sup> Die meisten dokumentierten Fälle von Folter und Misshandlung werden nicht unparteiisch untersucht, wenn doch, werden die Täter nicht verfolgt. Der Generalstaatsanwalt, der für die Untersuchung von Foltervorwürfen zuständig ist, verlässt sich nur auf polizeiliche Untersuchungen, was die Anzeigen oder Beschwerden erfolglos sein lässt. TamilNet meldete am 19. September 2010, dass die *Terror Investigation Division* (TID) mit der Folter an Hunderten tamilischen Jugendlichen fortfahre, die unter dem PTA verhaftet worden seien. Eingesetzt würden dabei Stahlruten, Kricketschläger und Stöcke, ausserdem würden die Hoden der Jugendlichen gequetscht, und es würden ihnen Videos von der Tötung und Folterungen von Häftlingen vorgeführt.<sup>75</sup>

Die Regierung lehnt solche Vorwürfe pauschal ab und bezeichnet das eigene Vorgehen als insgesamt grosszügig.

---

<sup>72</sup> BBC, Former Sri Lanka rebels abused in detention, 15. Juli 2010.

<sup>73</sup> OMCT, The need of a war against torture, 26. Juni 2010: [www.omct.org/urgent-campaigns/urgent-interventions/sri-lanka/2010/06/d20767/](http://www.omct.org/urgent-campaigns/urgent-interventions/sri-lanka/2010/06/d20767/).

<sup>74</sup> Ebd.

<sup>75</sup> TamilNet, TID torture Tamil detainees held under PTA, 19. September 2010.

## 4.4 Medienschaffende, Oppositionelle

### 4.4.1 Medienschaffende

*Reporters without Border* bezeichnen Sri Lanka als einen der weltweit gefährlichsten Orte für unabhängige Journalisten. Im letzten Index zur Pressefreiheit ist das Land auf Platz 158 von insgesamt 178 Ländern.<sup>76</sup> Der *Prevention of Terrorism Act* erlaubt unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung auch massive Eingriffe in die Pressefreiheit. Der PTA (1979) enthält extrem breite Einschränkungen der Meinungsäusserungsfreiheit wie das Verbot der Verächtlichmachung der Regierung. Der Jahrzehnte alte *Official Secrets Act* (Verbot der Weitergabe geheimer Informationen) sieht Strafen bis zu 14 Jahren Gefängnis vor. Auch wenn es keine Bestrafung nach diesem Gesetz gibt, werden Journalisten häufig damit bedroht. Weitere Formen der Einschüchterung beziehen sich auf Anzeigen wegen Missachtung des Gerichts oder Befragungen der Medienleute nach ihren Quellen. Über die Jahre hat die Regierung zunehmend eine Position übernommen, wonach sie ein Monopol auf Information hat. In dieser Logik gibt es eine einzige Version der Wahrheit (wie auch die LTTE das Monopol auf die einzig gültige Interpretation der tamilischen Sache beanspruchte). Jegliche Kritik an der Regierung ist aus dieser Optik auf eine Verschwörung internationaler Akteure oder von oppositionellen Figuren zurückzuführen.<sup>77</sup> Regierungsvertreter, insbesondere Verteidigungsstaatssekretär Gothabaya Rajapakse, setzen immer wieder kritische Äusserungen mit Verrat gleich.<sup>78</sup>

Betroffen von den Einschränkungen der Medienunabhängigkeit und -freiheit sind Journalisten, Herausgeber und andere Medienschaffende.<sup>79</sup> Auch innerhalb des letzten Jahres kam es wieder zu Entführungen, physischen Attacken und Verschwindenlassen, ohne dass solche Ereignisse effektive Ermittlungen zur Folge haben. Dutzende Journalisten gingen deshalb während der letzten zwei Jahre ins Exil. Die meisten Medien sind dazu übergegangen, Selbstzensur zu praktizieren, gerade auch im Hinblick auf die Notstandsgesetzgebung. Das UNHCR hält Journalisten und Medienschaffende, die kritische Äusserungen zu sensiblen Themen machen, für aufgrund ihrer politischen Meinung gefährdet.<sup>80</sup>

Als sensible Themen gelten Berichte zu Menschenrechtsverletzungen und zum Kriegsverlauf, soweit er nicht die Version der Regierung stützt. Journalisten, die Informationen zu Menschenrechten an Europäische Staaten im Zusammenhang mit den GSP+ geliefert haben, haben Todesdrohungen erhalten.<sup>81</sup>

Bekannte Beispiele der Repression gegen Journalisten sind die Verhaftung von **J. S. Tissainayagam** nach dem PTA, Herausgeber des *North Eastern Monthly Magazine*<sup>82</sup>, seiner Kollegen **Vetrivel Jasiharan** und **Vadivel Vallarmathy**<sup>83</sup>, von **N. Vithya-**

<sup>76</sup> BBC News, Sri Lankan, Russian and Gabonese win integrity award, 12. November 2010.

<sup>77</sup> Asian Human Rights Commission, 2010, S. 17.

<sup>78</sup> Freedom House, Freedom of Press 2010, Sri Lanka, Quelle: [www.unhcr.org/refworld/docid/4caf1c19c.html](http://www.unhcr.org/refworld/docid/4caf1c19c.html).

<sup>79</sup> UNHCR Eligibility Guidelines 2010, S. 5.

<sup>80</sup> UNHCR Eligibility Guidelines 2010, S. 6.

<sup>81</sup> DIS, S. 42.

<sup>82</sup> Verhaftet im März 2008 und im August 2009 zu einer Gefängnisstrafe von 20 Jahren verurteilt. Ankündigungen einer gnadenweisen Freilassung durch den Präsidenten haben sich bisher nicht bestätigt.

**tharan**, Herausgeber der tamilischen Tageszeitung *Sudar Oli*<sup>84</sup>. Eine Reihe von Journalisten erhielt im Jahr 2009 Todesdrohungen, darunter **Poddala Jayantha**, Generalsekretär der *Sri Lanka Working Journalists' Association*, der im Juni 2009 in einem weissen Van entführt und dann zusammengeschlagen wurde<sup>85</sup>, ferner **Dileesha Abeysondera** am 16. Oktober 2009<sup>86</sup>, **Frederica Jansz** und **Munza Mushtaq** von der Mediengruppe *Irudina* sowie **Upali Tennakoon**, Herausgeber der Wochenzeitung *Rivira*.<sup>87</sup> Am 30. Juli 2010 wurde auf die Mediengruppe *Voice of Asia* in den frühen Stunden von zwölf maskierten Männern eine Attacke verübt, obwohl das Gebäude unter ständiger Bewachung ist. Zwei Angestellte wurden verletzt, und der Sprengstoff verursachte extensiven Schaden. Eine regierungsfreundliche Zeitung hatte zuvor *Voice of Asia* bezichtigt, insgeheim die Sache von Sarath Fonseka zu vertreten, ohne dafür Beweise zu bringen.<sup>88</sup> Am 11. August 2010 protestierten in Colombo Hunderte gegen das Verschwinden des Journalisten **Prageeth Eknaligoda**. Der Redaktor der Internet-Zeitung «Lanka-e-News» war im Januar 2010 auf dem Weg zur Arbeit spurlos verschwunden. Er war wie andere Opfer wegen ihrer Kritik an Präsident Rajapakse aufgefallen. Keiner dieser Fälle wurde im herrschenden Klima der Straflosigkeit bisher aufgeklärt.<sup>89</sup>

#### 4.4.2 Kritiker, Menschenrechtsaktivisten, Hilfswerksangestellte

Äusserungen zu möglichen Kriegsverbrechen der Regierung zu machen, ist besonders gefährlich. Am 6. Mai 2010 sagte Verteidigungsstaatssekretär Gothabaya Rajapakse in einem Interview, dass jede Person, die mit der internationalen Gemeinschaft zusammenarbeite, um die Souveränität von Sri Lanka zu unterminieren, als Verräter behandelt werde und die Todesstrafe verdiene. Die Website des Verteidigungsministeriums veröffentlicht eine Liste von tamilischen Anwälten, die das Mandat für hochrangige LTTE-Mitglieder übernommen haben.<sup>90</sup> Rechtsanwälte, die in Korruptionsfällen tätig geworden sind oder mutmassliche Opfer von Menschenrechtsverletzungen vertreten, können belästigt, angegriffen, mit dem Tod bedroht werden oder andere Formen der Einschüchterung erleiden.<sup>91</sup> **Santha Fernando**, Sekretär der Organisation für Gerechtigkeit und Frieden im Nationalen Christlichen Friedensrat wurde nach den Emergency Regulations vom 27. März bis 11. November 2009 inhaftiert und musste nach seiner Freilassung weiter an das TID berichten. Sein Pass wurde eingezogen.<sup>92</sup> **Paikiasothy Saravanamuttu**, Direktor *des Centre for Policy Alternatives* (CPA), wurde für den Verlust der GSP+-Vergünstigungen der EU verantwortlich gemacht und erhielt am 20. August 2009 Todesdrohungen.<sup>93</sup>

<sup>83</sup> Im März 2008 verhaftet und ebenfalls nach dem PTA angeklagt. Nach 19 Monaten Haft freigelassen, nachdem ein Gericht herausgefunden hatte, dass die Beweislage nicht ausreichend war. Quelle: [www.ifex.org/sri\\_lanka/2009/10/29/jasiharan\\_and\\_vallarmathy\\_released/](http://www.ifex.org/sri_lanka/2009/10/29/jasiharan_and_vallarmathy_released/).

<sup>84</sup> Am 26. Februar 2009 ohne Anklage für zwei Monate festgenommen. Ihm wurden Verbindungen zu den LTTE angelastet, doch wurde er am 24. April 2009 mangels Beweisen freigelassen, Quelle: [www.ifex.org/sri\\_lanka/2009/04/27/rsf\\_welcomes\\_release\\_of\\_editor/](http://www.ifex.org/sri_lanka/2009/04/27/rsf_welcomes_release_of_editor/).

<sup>85</sup> BBC News, Sri Lankan Journalist assaulted, 1. Juni 2009.

<sup>86</sup> Quelle: [www.tisirilanka.org/?p=2300](http://www.tisirilanka.org/?p=2300).

<sup>87</sup> Freedom House, Freedom of the Press, Sri Lanka 2010, 8. Oktober 2010.

<sup>88</sup> Committee to Protect Journalists, Voice of Asia Network torched in Sri Lanka, 30. Juli 2010.

<sup>89</sup> NZZ, Sri Lankas ungesühnte Kriegsverbrechen, 12. August 2010.

<sup>90</sup> Asian Human Rights Commission, There is nothing funny about lawyers being named as traitors for doing their job as lawyers, 19. November 2008.

<sup>91</sup> UNHCR Eligibility Guidelines 2010, S. 6.

<sup>92</sup> Observatory for the Protection of Human Rights Defenders, Annual Report 2010, S. 321.

<sup>93</sup> Ebd.

Am 2. März 2010 veröffentlichte die News-Website *Sri Lanka Weg News* eine Liste, mutmasslich vom sri-lankischen Staat zusammengestellt, die die Namen von 35 Menschenrechtlern und Journalisten in einer Rangfolge nach ihrer Bedeutung für den Geheimdienst enthielt. Menschenrechtler äusserten Befürchtungen wegen dieser Überwachungsliste. Das UNHCR erachtet Menschenrechtsaktivisten und Mitglieder der Zivilgesellschaft, die kritische Ansichten zu sensiblen Themen haben oder äussern, dem Risiko ausgesetzt, für die diese Ansichten verfolgt zu werden.<sup>94</sup>

Im Mai 2009 wurden fünf von der Regierung angestellte Ärzte von der sri-lankischen Armee verhaftet, vom TID verhört und als LTTE-Unterstützer gebrandmarkt. Sie wurden am 24. August 2009 freigelassen. Ein Strafverfahren wurde gegen sie wegen Verbreitung falscher Informationen angestrengt.<sup>95</sup> Entführungen und Verhaftungen widerfuhren Angestellten des UNHCR und des United Nations Office for Project Services (UNOPS), Angestellte von UNICEF und von UNOPS wurden aus dem Land gewiesen.<sup>96</sup>

#### 4.5 Alleinstehende Frauen, Kinder

Während des Bürgerkriegs war Vergewaltigung in grossem Umfang praktiziert worden, um Angst und Terror zu verbreiten und um vor allem die tamilischen Gemeinschaften zu demütigen und zu demoralisieren. Als die meisten Regionen im Norden unter der Kontrolle der Armee waren, wurden Soldaten ermutigt, Vergewaltigung als Instrument einzusetzen. Infolge der jahrelangen Missbräuche durch das Militär und andere staatliche Offizielle hatte die Vergewaltigung aufgehört, als Verbrechen zu gelten.<sup>97</sup> Es gibt Berichte zu Vergewaltigungen in Flüchtlingslagern, an Checkpoints und in den Haftzentren.<sup>98</sup> Es gibt auch nach dem Ende der Feindseligkeiten immer noch Hinweise auf geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen und Mädchen in den früheren Kriegszonen. Eine signifikante Zahl von Frauen in den IDP-Camps, einschliesslich frühere weibliche LTTE-Kader in Haftzentren, wurde angeblich vergewaltigt oder sexuell missbraucht, auch vom Sicherheitspersonal.

Besonders Frauen aus dem Vanni werden, da sie lange unter LTTE-Herrschaft gelebt haben, seitens der staatlichen Stellen als potenzielle LTTE-Mitglieder angesehen. Ob diese Personen freiwillig zur Guerilla gingen oder gewaltsam rekrutiert wurden, spielt dabei keine Rolle. Jede Person, die irgendeine Verbindung zu den LTTE aufweisen könnte, wird gesucht oder unter Druck gesetzt. Zu den Druckmitteln gehören Warnungen, Bedrohungen oder sexuelle Avancen gegenüber Frauen.<sup>99</sup>

Die Zahl der Kriegswitwen im Norden und Osten wird auf 89'000 geschätzt.<sup>100</sup> Mit der massiven militärischen Präsenz im Norden gibt es generell ein erhebliches Risiko von sexueller Gewalt für diese Frauen, zumal die zivilen Autoritäten im Vanni

<sup>94</sup> UNHCR Eligibility Guidelines 2010, S. 7.

<sup>95</sup> Observatory for the Protection of Human Rights Defenders, Annual Report 2010, S. 328.

<sup>96</sup> Ebd.

<sup>97</sup> Asian Human Rights Commission, Decriminalization of rape through impunity for perpetrators, 22. November 2010.

<sup>98</sup> International Crisis Group, Sri Lanka, A bitter peace, 11. Januar 2010, S. 5 ff.

<sup>99</sup> International Crisis Group, 11. Januar 2010, S. 26.

<sup>100</sup> IRIN, Women take over as breadwinners in north, 9. September 2010.

noch nicht voll funktionieren. Berichte gehen davon aus, dass die Behörden nicht adäquat auf solche Vorkommnisse reagieren.<sup>101</sup>

**Kinder** erlitten nach UNO-Angaben durch mehrfache erzwungene Vertreibungen, die Nähe zu den Kampfhandlungen und die allgemeine Unsicherheit schwere Traumatisierungen. Viele wurden von ihren Eltern oder sonstigen Angehörigen getrennt.<sup>102</sup>

Nach den Angaben von UNICEF wurden zwischen 2002 und 2007 6903 Kinder von den LTTE rekrutiert.<sup>103</sup> Diese Praxis nahm zum Kriegsende dramatisch zu und wurde auch von den paramilitärischen Gruppierungen, insbesondere TMVP und EPDP, praktiziert. Nach dem Krieg bemühte sich die Regierung, frühere Kindersoldaten zu rehabilitieren. Im April 2010 schloss die Regierung das letzte Rehabilitationslager in Vavuniya. 596 von der TMVP rekrutierte Kindersoldaten wurden seit 2006 freigelassen. Es wird jedoch von Rekrutierung oder Wiederrekrutierung aus dem Ampara-Bezirk berichtet.<sup>104</sup> Auch EDPD und PLOTE sollen weiterhin Kinder rekrutieren und für spezielle Aufgaben einsetzen, zum Beispiel Bewachungsaufgaben.<sup>105</sup>

Kinder wurden in den Internierungslagern in Vavuniya wegen mutmasslicher LTTE-Zugehörigkeit den Eltern weggenommen. Sie wurden anschliessend in Rehabilitationslager für Personen mit angeblichen Verbindungen zu den LTTE untergebracht, bevor sie schliesslich freigelassen wurden.<sup>106</sup>

## 5 Humanitäre Situation

Die Gesamtzahl der intern Vertriebenen in Sri Lanka wurde für die Zeit nach dem gewaltsamen Konflikt auf 600'000 geschätzt.<sup>107</sup> Mit dem Einsickern von Vertriebenen aus dem Vanni seit 2008 hatte die Regierung geschlossene Lager geschaffen und war zugleich von der Unterstützung der UNO und weiteren Hilfsorganisationen abhängig. Nach dem Ende des Bürgerkriegs hielt die Regierung 270'000 Vertriebene in Lagern fest, allein im grössten Lager Manik Farm im Vavuniya District lebten 220'000 Personen. Sie waren faktisch gefangen gehalten, ohne dass es strafrechtliche Vorwürfe gegen sie gegeben hätte, ohne Zugang zu einer Rechtsvertretung und ohne Information, wie lange die Internierung dauern würde. Mitte Juli 2009 waren die Vertriebenen in 30 solcher Lager in den Distrikten Vavuniya, Mannar, Jaffna und Trincomalee eingeschlossen und vom Militär bewacht. Viele Internierte wussten nichts vom Aufenthalt ihrer nahen Angehörigen. Die Suche nach mutmasslichen LTTE-Angehörigen riss Familien auseinander. Die Internierung unter gefängnisähnlichen Bedingungen verletzte verschiedenste Rechte der Insassen, vor allem das

---

<sup>101</sup> UNHCR Eligibility Guidelines 2010, S. 7 ff., International Crisis Group, Sri Lanka, A bitter Peace, 11. Januar 2010, S. 5.

<sup>102</sup> United Nations, Office of the Special Representative of the Secretary General for Children and Armed Conflict, Mission Report, 5.–11. Dezember 2009.

<sup>103</sup> IRIN, Former child soldiers struggle for a normal life, 10. November 2010.

<sup>104</sup> UNHCR Eligibility Guidelines 2010, S. 8, Fussnote 58.

<sup>105</sup> UNHCR Eligibility Guidelines 2010, S. 8 ff., Tamil Guardian, End of conflict brings children no respite from human rights abuses, 5. August 2009.

<sup>106</sup> Tamil Guardian, ebd.

<sup>107</sup> Forced Migration Review, Todd Wassel, Protecting Housing Rights for IDP's in Sri Lanka, September 2009, S. 6.

Recht auf Bewegungsfreiheit, auf Familienleben, Zugang zur Gesundheitsversorgung und Ernährung.

## 5.1 Rückkehrprozess

Von August 2009 an begann die sri-lankische Regierung, die Rückkehr der in den Lagern Festgehaltenen zu erlauben.<sup>108</sup> Infolge einer Kombination von Faktoren wie der ökonomischen Krise und den Behinderungen durch die schwerfällige sri-lankische Bürokratie brach die Finanzierung der humanitären Hilfe in den Internierungslagern zusammen. Das trug zu einer beschleunigten Rückkehr und Wiederansiedlung der Vertriebenen bei, auch wenn die Voraussetzungen für eine nachhaltige Rückkehr an den Herkunftsort noch nicht gegeben waren. Auch die Präsidentschaftswahlen im Januar 2010 können eine Rolle gespielt haben, die Politiker entdeckten ihr Herz für die potenziellen WählerInnen. Im Juli 2010 sprach das UNHCR davon, dass 246'000 Personen zurückgekehrt seien, von denen allerdings viele wegen der Zerstörungen und Gefahren durch Minen in einer sekundären Vertreibung leben mussten, d.h. nicht an ihren Herkunftsort zurückkehren konnten.<sup>109</sup>

Es waren nicht nur ganze Dörfer zerstört, es mussten also nicht nur die Häuser wieder aufgebaut, die Bewässerungstanks wieder hergestellt, Dämme wieder errichtet, die Kanalisation und Strassen wieder installiert werden. Weder die Regierung noch die IDPs selbst hatten nach der Einschätzung von Jehan Perera, dem Direktor einer lokalen NGO, die Ressourcen, um das zu bewerkstelligen.<sup>110</sup> Die Situation der RückkehrerInnen gestaltete sich somit unterschiedlich je nach Zerstörungsgrad, Minensituation oder nicht explodierten Sprengwaffen oder Hochsicherheitszonen (HSZ), die eine Wiederansiedlung nicht erlaubten.

Die offiziellen Rückkehrerstatistiken sagen nichts darüber, ob es sich auch um gelungene Rückkehr handelt und ob das Verlassen der Lager auch das Ende der Vertreibung bedeutete. Vor allem die Regierung hatte ein Interesse daran, die Vertriebenenzahlen niedrig und die Zahl der RückkehrerInnen hoch zu halten. Sie konnte sich auf diese Weise auf Erfolge der Wiederansiedlung berufen und eine Rückkehr zur Normalität behaupten. Offizielle Zahlen sowohl der Regierung als auch der UNO, die von einem signifikanten Rückgang von Vertriebenen in Sri Lanka (90 Prozent seit Anfang 2010) ausgehen, sind dann irreführend, wenn nicht klargestellt wird, dass ein grosser Teil dieser Personen nicht auf das eigene Land und in das eigene Haus zurückkehren kann und auch von Unterstützung abhängig bleibt.<sup>111</sup>

Der Wiederansiedlungsprozess entsprach nicht internationalen Standards einer Rückkehr in Sicherheit und Würde. Es gab kaum Konsultation der Vertriebenen, kein unabhängiges Monitoring, die Zurückkehrenden hatten kaum finanzielle Mittel, und das Militär kontrolliert immer noch die Bewegungen der Bevölkerung.

---

<sup>108</sup> UNHCR Eligibility Guidelines 2010, S. 1.

<sup>109</sup> Ebd.

<sup>110</sup> IRIN, Sri Lanka: Menik Farm IDPs gradually returning home, 22. Juni 2010.

<sup>111</sup> Centre for Policy Alternatives (CPA), Commentary on Returns, Resettlement and Land Issues in the North of Sri Lanka, September 2010, S. 8 ff.

## 5.2 Hindernisse bei der Rückkehr

Neben der **Zerstörung der Wohnhäuser, der öffentlichen Infrastruktur** in den früheren von den LTTE verwalteten Gebieten, der Kontamination **von Land, Wasserwegen und Brunnen** sind es vor allem die **Minen und nicht explodierten Sprengkörper**, die von einer Rückkehr abhalten. Dass für die Regierung die Wohngebiete Priorität bei der Entminung hatten, bedeutete zugleich, dass die Landwirtschaftszonen nicht zugleich entminet werden konnten. Nur 11 Prozent der RückkehrerInnen konnten selbst in der Nahrungsmittelproduktion tätig sein, so dass die grosse Mehrheit der RückkehrerInnen von Nahrungsmittelhilfe abhängig bleibt. Es wird damit gerechnet, dass das für eine lange Periode so bleiben wird. 19 Prozent der Haushalte, die von der Fischerei abhängen, haben keine Boote und Netze mehr. Viele RückkehrerInnen sind sich einig, dass die Arbeitssuche extrem schwierig geworden ist.<sup>112</sup>

**Militärische Okkupation und Umwandlung von Land in Hochsicherheitszonen** kann die RückkehrerInnen an der Wiederansiedlung hindern. Seit Mai 2009 wurde eine Zunahme der Militarisierung in der Region beobachtet. Neue militärische Posten und Lager wurden im ehemaligen LTTE-Gebiet installiert und von Minen geräumt. Diese Posten finden sich auch auf Wohngebiet, Ackerland und im Dschungel. So wurde zum Beispiel im Mannar-Distrikt eine grosse Marine-Basis geschaffen, die die Dörfer Silvathurai und Mullikulam umfasst. Äusserungen des Staatssekretärs für Verteidigung, Gotabhaya Rajapakse, sprechen dafür, dass geplant ist, diese Zonen lange Zeit für militärische Zwecke zu nutzen. Bestimmte Landstriche im Mullaitivu-Distrikt (Pudukuduirippu), die die schlimmsten Kämpfe erlebten, werden vermutlich überhaupt nicht mehr für Rückkehr und Wiederansiedlung genutzt werden können.<sup>113</sup>

Unter der tamilischen Bevölkerung gibt es Befürchtungen, dass die **ethnische Zusammensetzung** im Rahmen des Wiederansiedlungsprozesses **verändert** wird. Militärbasen und Märkte beherbergen Personen von ausserhalb, manche von ihnen ohne tamilische Sprachkenntnisse. Zugleich scheinen grosse Zahlen von SinghalesInnen in den tamilischen Gebieten mit militärischer Unterstützung angesiedelt zu werden. Sie verfügen im Gegensatz zu vielen RückkehrerInnen bereits über von der Regierung ausgestellte Papiere.<sup>114</sup>

Es herrscht ein **Mangel an Informationen über die Pläne der Regierung** hinsichtlich der Wiederansiedlung. Diejenigen, die glaubten, an ihre Herkunftsorte zurückkehren zu können, und wegen der militärischen Besetzung der Orte in Mannar und Muallaitivu gestrandet sind, sagten, sie hätten nicht gewusst, dass ihr Land besetzt sei, warum und wann sie es zurückerhalten würden, ob sie entschädigt oder mit Ersatzland versorgt würden. Es scheint Befürchtungen unter den Militärs zu geben, dass Beweise gesammelt werden könnten, was in der letzten Phase des Kampfes geschah. Es existieren Passsysteme in bestimmten Bereichen, so dass Dorfbewohner nur mit Pässen ihr Dorf betreten oder verlassen können. **Bürokratische Hindernisse** behindern auch Hilfsorganisationen und Agenturen. Der Mangel an Information ist auf die **Zentralisierung der Rückkehrprozesse** zurückzuführen, die zur Folge hat, dass die lokalen Machttträger (*Government Agent*), *Divisional Secretaries*

---

<sup>112</sup> Ebd.

<sup>113</sup> Ebd.

<sup>114</sup> Tamil Guardian, Who needs papers, 14. November 2010.

und *Grama Sevakas* zuletzt über entsprechende Pläne instruiert wurden. Die wesentlichen Entscheidungsprozesse geschehen in Colombo in der *Task Force for the North* (PTF).<sup>115</sup> Sämtliche Wiederaufbaupläne müssen zur PTF gehen und dort genehmigt werden, selbst wenn es nur um eine Erweiterung um eine Toilette geht. Das ist zeitraubend und intransparent und lässt die Antragsteller in der Ungewissheit, ob mit Zustimmung zu rechnen ist. Erfahrene lokale Beamte, die das Terrain kennen, werden übergangen.

Ein weiteres Problem ist die **sekundäre Besetzung**.<sup>116</sup> Die Zivilbevölkerung kann Land und Häuser besetzt halten, die anderen gehören. Nach gesetzlichen Bestimmungen können die, die privates Eigentum über zehn Jahre lang oder mehr ununterbrochen in Besitz gehabt haben, ohne dafür zu zahlen, selbst Eigentumsansprüche geltend machen. Viele RückkehrerInnen gaben an, dass ihre Wohnungen geplündert wurden, nachdem sie geflohen waren, oder dass ihre Häuser besetzt und ihr Eigentum bestritten wurden. Wenn Grundstücke vom Staat verpachtet waren, wurde bei Abwesenheit Land ebenfalls weitergegeben. Schliesslich haben auch die LTTE landlosen Personen Grundstücke von im Ausland lebenden Personen gegeben, und es gab illegale Landverkäufe durch Personen, die gar nicht Eigentümer waren.

Das **Fehlen von Dokumentation oder Zerstörung** von Registern ist auf die Dauer des Krieges und den Tsunami von 2004 zurückzuführen.<sup>117</sup> Es ist häufig unklar, wie Vertriebene ihr Eigentum beweisen können und wer über ihre Berechtigung entscheidet. Es scheinen im Norden neue Grenzziehungen zwischen den Verwaltungseinheiten geplant zu sein, ohne dass die Bevölkerung darüber informiert ist.

Unter den Zurückgekehrten findet sich eine beträchtliche Zahl von **Frauen**, die **alleine einen Haushalt** führen, weil ihre Männer entweder tot oder vermisst sind (vgl. 4.5). Das Land ist oft immer noch auf den männlichen Partner eingetragen, oder die Eigentumsdokumente sind verloren gegangen. Bedingungen für einen nachhaltigen Lebensunterhalt zu schaffen, fällt diesem Personenkreis schwer, zumal eine Wiederverheiratung für die meisten keine Option ist. Abgesehen von ihren Grundbedürfnissen, die sie mit den anderen Vertriebenen teilen, sind sie in einer besonders verletzlichen Situation, was Unterbringung, Gesundheitsdienste und fortgesetzte militärische Präsenz betrifft.<sup>118</sup>

### 5.3 Zugang zu den Lagern

Nach dem Kriegsende wurde den meisten NGOs erlaubt, in die kriegsbetroffenen Gebiete im Norden zu gehen. Doch hat die Regierung wieder begonnen, den Zugang zu der hilfsbedürftigen Bevölkerung im Norden einzuschränken. Auf Behinderungen durch bürokratische Erschwernisse und dadurch bedingte Unplanbarkeit der Hilfsaktionen weist auch der UNO-Generalsekretär in einem neuen Bericht hin.<sup>119</sup> Mangels

<sup>115</sup> Centre for Policy Alternatives (CPA), Commentary on Returns, Resettlement and Land Issues in the North of Sri Lanka, September 2010, S. 11.

<sup>116</sup> CPA, 2010, S. 22.

<sup>117</sup> CPA, 2010, S. 23.

<sup>118</sup> Danish Migration Service (DIS), S. 25; IRIN, Conflict over but not for widows, 26. Oktober 2010.

<sup>119</sup> United Nations Security Council, Report of the Secretary General on the protection of civilians in armed conflict, 11. November 2010.

Zustimmung des Verteidigungsministeriums durften verschiedene NGOs die Region nicht mehr betreten.<sup>120</sup> Es handelt sich vermutlich um Reaktionen der Regierung auf eine zu kritische Haltung der Nichtregierungsorganisationen.

## 5.4 Rückkehr der muslimischen Bevölkerung

Im Jahr 1990 vertrieben die LTTE aus den nördlichen Bezirken Jaffna, Mannar, Kili-nochchi, Mullaitivu und Vavuniya 100'000 MuslimInnen unter dem Vorwand, sie hätten mit der sri-lankischen Armee kollaboriert. Damit verliess faktisch die ganze muslimische Bevölkerung den Norden der Insel.<sup>121</sup> Die meisten vertriebenen MuslimInnen blieben in den von der Regierung kontrollierten Gebieten in Vavuniya und Anuradhapura sowie in Puttalam an der nordwestlichen Küste in Flüchtlingslagern.<sup>122</sup> Für sie gelten dieselben Hindernisse bei der Rückkehr wie für die anderen Vertriebenen. Hinzu kommen komplizierte Eigentumsfragen und die Gefahr neuer Konflikte zwischen der tamilischen Mehrheit und den muslimischen RückkehrerInnen. Seit der Vertreibung sind 20 Jahre vergangen. Die interethnischen Beziehungen müssten wieder neu aufgebaut werden. Es gibt erste einzelne Formen einer freiwilligen Rückkehr von MuslimInnen nach Mannar und in den Distrikt Jaffna.

## 5.5 Monsun

Für Tausende von RückkehrerInnen im Norden können die **Monsunregen** von November bis Februar zu grossen Problemen führen.<sup>123</sup> Die Unterkünfte werden sie nicht ausreichend gegen die starken Regenfälle schützen. Die meisten der Zurückgekehrten leben in provisorischen Behausungen oder Notunterkünften. Nach Schätzungen der UNO im Frühjahr dieses Jahres müssen 160'000 Häuser im Norden wiederaufgebaut oder repariert werden.<sup>124</sup> Während es Pläne für ca. 80'000 neue Häuser gibt, läuft die Zeit denjenigen Betroffenen davon, die wenig haben, um sich gegen das Wasser zu schützen. Für die verbliebenen Personen im Lager Manik Farm werden Vorkehrungen für den schlimmsten Fall getroffen, auch wenn erwartet wird, dass ein Teil der Zelte heftigen Regenfällen nicht standhalten kann. Die Hochwasserkatastrophe von November 2010 betraf noch nicht die ehemaligen Kriegsgebiete, in die Rückkehr erfolgt.

## 6 Rückkehr aus dem Ausland, Asylgesuchstellung

Soweit es um die Heimkehr an den Wohnort im Norden oder Osten der Insel geht, ist die Situation von Rückkehrenden aus dem Ausland vergleichbar mit der der intern Vertriebenen. Die Hauptschwierigkeit ist die fehlende Normalität beim Wiederaufbau

<sup>120</sup> IRIN, Analysis: NGO's question tighter Access to Sri Lanka's north, 11. August 2010.

<sup>121</sup> BBC News, Peace means a homecoming for Sri Lanka's Muslims, 23. Oktober 2010.

<sup>122</sup> IRIN News, Difficult Homecoming for Muslim IDPs, 26. März 2010.

<sup>123</sup> IRIN, Returnees brace for Monsoon Rains, 1. Oktober 2010:  
[www.irinnews.org/Report.aspx?ReportId=88614](http://www.irinnews.org/Report.aspx?ReportId=88614).

<sup>124</sup> Ebd.

der Häuser und bei der Schaffung von Basis-Lebensgrundlagen.<sup>125</sup> Doch gibt es keine signifikanten Rückkehrströme aus dem Ausland in diese Region. Eher wollen viele das Land verlassen.

Die **Einreise und Ausreisekontrolle** am Bandaranaike International Airport (BIA) liegt in der Verantwortung des sri-lankischen *Department of Immigration and Emigration* (DIE).<sup>126</sup> Die Kontrollen umfassen Prüfung des Passes, kurze mündliche Befragung und Anbringen von Stempeln in den Pässen. Hinzukommen kann eine Überprüfung durch den Zoll. Die *Sri Lankan National Police Investigations Unit* (CID) ist für die Untersuchung von Verdachtsfällen zuständig (Schmuggel, Dokumentenfälschungen, Vorstrafenüberprüfung, Haftbefehle). Für die Sicherheit im Bereich des Flughafens ist die Sri Lankan Air Force zuständig. Alle Pässe werden in das computerisierte *Passenger Clearance System* eingegeben, in dem alle Daten zu Personen festgehalten sind, die durch die Eintrittshäfen kommen. Tätig sind ausserdem in diesem Areal Polizisten, die die Transitbereiche sichern.

Nach übereinstimmenden Quellen werden **alle zwangsweisen Rückführungen** dem CID für Nationalitäts- und Vorstrafenüberprüfungen gemeldet, und allen Zurückgeführten werden Fingerabdrücke genommen. Je nach Fall kann die Person auch dem *State Intelligence Service* (SIS) und/oder der *Terrorist Investigation Department* (TID) für Verhöre überstellt werden. Zurückgeführte werden vom SIS zur Ausreise, zu den Gründen der Rückführung und zu ihrem persönlichen Hintergrund befragt. Das SIS hat Zugang zu verschiedenen elektronischen Registern. Gesuchte Personen werden inhaftiert. Personen mit Vorstrafen oder Verbindungen zu den LTTE durchlaufen ein weiteres Verhör und können in Haft bleiben.<sup>127</sup> TamillInnen aus dem Norden und dem Osten des Landes werden genauer überprüft als andere Personen. Schwierigkeiten sind zu erwarten bei offenem Haftbefehl, Vorstrafen, Verbindungen mit den LTTE, illegaler Ausreise aus Sri Lanka, Verbindungen mit Medien oder NGOs, Fehlen eines Identitätsausweises oder anderer Dokumente.

Amnesty International hat Sri Lanka aufgefordert, die Sicherheit von drei Männern zu garantieren, die nach der zwangsweisen Rückkehr aus Australien inhaftiert und gefoltert wurden. Zwei von ihnen wurden in ein Spital gebracht.<sup>128</sup> Surnith und Indika Mendis wurden bereits im Jahr 2009 verhaftet, als ihr Boot von den australischen Behörden angehalten wurde. Sie wurden nach Sri Lanka zurückgeführt und sofort vom *Central Investigative Departement* (CID) verhaftet. Surnith Mendis wurde wieder freigelassen, doch wurde Indika Mendis in Haft gefoltert und erlitt schwere Verletzungen am Ohr, bevor er ins berühmte Negombo-Gefängnis verlegt wurde, wo er acht Monate festgehalten wurde. Am 14. August 2010 wurden die Brüder erneut verhaftet, offenbar unter dem Verdacht, dass sie wieder nach Australien ausreisen wollten, und am 22. August 2010 ins Negombo-Gefängnis verlegt, zusammen mit Lasantha Wijeratne, einem anderen Sri Lanker, der ebenfalls aus Australien zurückgeführt und gefoltert worden war. Surnith Mendis wurde vom CID sechs Tage lang Schlägen und psychologischer Folter ausgesetzt. Er und Lasantha Wijeratne wurden

<sup>125</sup> Danish Immigration Service (DIS), S. 9, unter Bezugnahme auf UNHCR.

<sup>126</sup> IRB – Immigration and Refugee Board of Canada: Security controls at the international airport and ports [LKA103344.E], 28. Januar 2010 (verfügbar auf ecoi.net).

<sup>127</sup> UK Home Office, Country of Origin Information Report, Sri Lanka, 11. November 2010, 33.06 ff.

<sup>128</sup> Amnesty International, Sri Lanka urged to ensure safety of detained former asylum-seekers, 3. September 2010.

am 1. September 2010 ins Spital verbracht. Es ist nicht klar, ob sie sich immer noch dort aufhalten.<sup>129</sup>

## 7 Zusammenfassend: Gefährdungen

Auch nach dem Ende des bewaffneten Konflikts sind nach übereinstimmender Einschätzung von Menschenrechtsgruppen und internationalen Organisationen bestimmte Personengruppen in besonderem Mass gefährdet:

Die Auffassung, dass jeder Tamile/jede Tamin grundsätzlich verdächtig ist, wird im singhalesischen Teil der Gesellschaft von vielen geteilt. Besonders vorherrschend ist diese Auffassung bei den staatlichen Sicherheitskräften. Personen, die irgendeine Verbindung zu den LTTE aufweisen könnten, also nicht nur profilierte LTTE-Kader, werden gesucht oder unter Druck gesetzt. Dazu gehören Warnungen, Bedrohungen oder sexuelle Avancen gegenüber Frauen, deren Männer als LTTE-Führer bekannt sind.<sup>130</sup> Armee, Polizei und die anderen Dienste machen dabei kaum einen Unterschied, ob die Leute freiwillig zur Guerilla gingen oder gewaltsam rekrutiert wurden. Befürchten müssen Personen mit einem solchen Profil nicht nur Aktionen des Militärs oder der Polizei, sondern auch der paramilitärischen Gruppen, die mit dem sri-lankischen Staat zusammenarbeiten.

Daneben gelten für die folgenden Personengruppen besondere Risiken:<sup>131</sup>

- Kriegs Betroffene und traumatisierte Personen, insbesondere Frauen und Kinder, frühere Kindersoldaten.
- Journalisten, Menschenrechtsaktivisten oder Hilfswerksangehörige, die kritische Äusserungen zu sensiblen Themen machen.
- TamillInnen, die keinen besonderen Grund haben, sich in Colombo aufzuhalten, darunter vor allem solche, die aus dem Vanni stammen.
- TamillInnen, die einige Jahre in Colombo oder im Ausland gelebt haben und in den Norden der Insel reisen.
- TamillInnen, die das Land während des Krieges verlassen und im Ausland ein Asylgesuch eingereicht haben und dann zurückgekehrt sind.
- TamillInnen, die besonders stark in Geldtransaktionen involviert sind.

---

<sup>129</sup> Ebd.

<sup>130</sup> DIS, Human Rights and Security Issues concerning Tamils in Sri Lanka, Oktober 2010, Report from a fact finding mission, S. 26.

<sup>131</sup> Vgl. hierzu auch UNHCR Eligibility Guidelines 2010, S. 3 ff. DIS, S. 28 ff.